



Magdeburg, 09. Juli 2021

Mitgliederinformation

Liebe Mitglieder,

wohl niemand hätte vor einem Jahr gedacht, dass die Coronapandemie jetzt, im Sommer 2021, die Gesellschaft noch immer vor Herausforderungen stellt. Auch die vorliegende Mitgliederinformation kommt nicht umhin, die Coronapandemie zu thematisieren. Vieles hängt schließlich mit vielem zusammen. Die letzte Mitgliederinformation datiert auf den 24. November 2020. Folgendes gibt es zu berichten:

Gescheiterte Impfstrategie für die Justiz

Im Februar 2021 hatte Frau Ministerin in einem Schreiben an alle Bediensteten der Justiz angekündigt, sich um zentrale Impfgelegenheiten für die Justiz zu bemühen. Ein aus unserer Sicht mehr als sinnvoller Schritt, schon um unterschiedlichen Impfgeschwindigkeiten in einzelnen Landesteilen und innerhalb ein- und derselben Dienststelle zu begegnen. Seit dem Schreiben vom 28. Mai 2021 wissen wir nun, dass es Frau Ministerin nicht gelungen ist, sich innerhalb der Landesregierung durchzusetzen und dieses vernünftige Ziel zeitnah umzusetzen. Weil das Auslaufen der bundesweiten Impfpriorisierung unmittelbar bevorstand und die Landesregierung nach den Landtagswahlen nur noch kommissarisch im Amt sein würde, sah der Landesvorstand keine andere Möglichkeit, als noch vor dem Wahltag am 6. Juni 2021 Stellung zu nehmen und auch öffentlich auf diesen sehr bedauerlichen Befund hinzuweisen. Unser zügiges Handeln hat unter Mitgliedern wie Nichtmitgliedern überwiegend viel Beachtung gefunden. Und wir bleiben dabei: Die systemrelevante Justiz als Dritte Säule staatlicher Gewalt verdient Anerkennung. Denn auch unter schwierigen Bedingungen haben es alle Bediensteten geschafft, den Betrieb aufrecht zu erhalten und die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats sicherzustellen. Doch mit seiner Fürsorge hat es der Dienstherr nicht so genau genommen. Anders ist für uns nicht zu erklären, dass die Bediensteten des Justizvollzugs zentrale Impfgelegenheiten erhalten haben, alle anderen Bediensteten in den Gerichten und Staatsanwaltschaften, auch solche in besonders risikobehafteten Tätigkeiten, aber darauf angewiesen waren (und sind), sich selbst zu kümmern. Das ist bei Weitem nicht das, was wir uns vorstellen.

Digitalisierung in der Justiz

Die Coronapandemie hatte uns allen gezeigt, dass die Digitalisierung nicht weit genug vorangeschritten ist. Sehr früh, schon im Juni 2020, veröffentlichte unser Landesverband gemeinsam mit drei weiteren Fachverbänden aus der Justiz des Landes einen „Aufruf zur Digitalisierung“, welcher die Landesregierung zu einem entschiedeneren Handeln aufgefordert hatte. Der Aufruf ist auf unserer Homepage nachlesbar. Beinahe ein Jahr ist vergangen und die Kolleginnen und Kollegen beklagten nach wie vor einen unbefriedigenden Zustand. Erkennbares ist nicht passiert. Der Landesvorstand hat deshalb die Landtagwahl zum Anlass genommen, sich unmittelbar danach mit einem erneuten Aufruf an jene Parteien zu wenden, die die bald neue Regierungskoalition bilden könnten und die die Digitalisierung als wichtigen Baustein ihrer politischen Agenda sehen. Wir sind gespannt, ob die neue Landesregierung den politischen Schwerpunkt nachhaltig anders setzt und die Digitalisierung, auch in der Justiz, endlich größeren Raum bekommt.

Besoldung

Anfang Mai 2021 fand ein Spitzengespräch zwischen Verbandsvertretern und der Hausspitze des Finanzministeriums in Magdeburg statt. An dem Gespräch nahm für den Landesverband unser Mitglied RiFG Harald Simböck teil.

Der Finanzminister legte dar, dass zur Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2020 zur Besoldung in Berlin und Nordrhein-Westfalen vorgesehen sei, die Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung vor allem über eine Erhöhung von Kinderzuschlägen zu erreichen. Die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes, das in der Entwurfsfassung bereits vorliege, müsse jedoch der neuen Landesregierung überlassen bleiben, so dass die Umsetzung voraussichtlich noch bis Herbst 2021 dauern werde. Der Landesverband und andere Verbandsvertreter haben die Erhöhung der Kinderzuschläge grundsätzlich begrüßt, gleichzeitig jedoch deutlich gemacht, dass eine verfassungsmäßige Besoldung nicht allein über Zuschläge erreicht werden könne. Es wurde eine merkliche Anhebung der Grundbezüge angemahnt, um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden.

Mittlerweile deutet sich an, dass das Gesetzgebungsverfahren nicht mehr in diesem Jahr abgeschlossen werden wird. Der Landesverband wird sich jedoch – wie bereits in der Vergangenheit – für Vorgriffszahlungen einsetzen.

Der Bundesvorstand des Deutschen Richterbundes wird demnächst ein Grundsatzpapier veröffentlichen. Der Landesverband hält alle Mitglieder zu Besoldungsfragen auf dem Laufenden.

Landesvertreterversammlung 2021

Es ist kaum zu glauben, aber die dreijährige Amtszeit des Landesvorstands endet in diesem Jahr. Am **Dienstag, 28. September 2021**, findet die Landesvertreterversammlung in Halle statt. Im Mittelpunkt stehen deshalb die Neuwahlen zum Landesvorstand. Einige und teils langjährige Vorstandsmitglieder werden ihre ehrenamtliche Tätigkeit beenden, so dass auch jüngere und engagierte Kolleginnen und Kollegen die Chance erhalten, sich in die künftige Verbandsarbeit einzubringen. Dass unser Landesverband nach außen geschlossen auf- und die Interessen seiner Mitglieder nachhaltig vertritt, ist weiterhin notwendig. Denn es ist und bleibt Aufgabe des Verbandes, gegenüber der Justizverwaltung und der Landesregierung auf unsere Positionen und die des DRB hinzuweisen und zu justizpolitischen Themen im Land Stellung zu nehmen. Nur so wird unser Landesverband als ernsthafter Partner verstanden. Ein Verband lebt zudem vom Mitmachen! Wir brauchen das Engagement der Mitglieder, um etwas zu bewirken!

In den letzten Wochen haben die Mitglieder des Landesvorstands diverse Gespräche geführt, um sich nach Kandidatinnen und Kandidaten umzuhören. Die Gespräche verliefen recht erfreulich. Ende Juli 2021 trifft sich der Landesvorstand erneut, doch dieses Mal nicht virtuell in einer Videokonferenz, sondern nach langer Zeit mal wieder analog. Das Treffen dient auch dazu, interessierte Mitglieder für eine Kandidatur zum Landesvorstand näher kennenzulernen.

Wer aus den Reihen der Mitglieder Interesse hat, sich künftig im Landesvorstand zu engagieren, wird ausdrücklich dazu ermutigt, sich an den Landesvorstand zu wenden!

Bundesvertreterversammlung im Herbst 2021

Vom Frühjahr letzten Jahres wurde die Bundesvertreterversammlung in den Herbst 2020 verschoben. Doch daraus wurde auch nichts. Pandemiebedingt soll es nun (vorläufig letzter Stand) Ende September 2021 klappen. Wir hoffen sehr, dass der Bundesverband an seinen Planungen festhalten und in Dessau-Roßlau eine Veranstaltung als Mischung aus Präsenz- und virtueller Konferenz abhalten kann. Unser Vorstandsmitglied StA Olaf Braun hält für uns den Kontakt.

Verschiedenes

Unsere Kollegin, Frau VRi in LG Inka Semmler, hatte in der letzten Mitgliedermittteilung vom 24. November 2020 ausführlich über ein geplantes Pilotprojekt zur e-Akte beim Landgericht Magdeburg in der Kammer für Handelssachen berichtet. Eine Nachfrage bei ihr hat nun ergeben, dass bislang immer noch nichts passiert sei und der Beginn der ursprünglich zum 01. Januar 2021 vorgesehenen Pilotierung weiterhin auf sich warten lasse. Der Präsident des Landgerichts Magdeburg habe bereits im März 2021 bei Frau Ministerin nachgehakt. Eine Reaktion des MJ sei nicht erfolgt.

Weitere Berichte aus den Bezirks- und Fachgruppen liegen nicht vor.

Der Landesvorstand hat in letzter Zeit seine Vorstandssitzungen virtuell abgehalten. Das hat Vor- und Nachteile. Lange Reisen quer durchs Land ließen sich vermeiden. Doch ein umfassender Gedankenaustausch über Kamera und Lautsprecher ist selten möglich. Anders als virtuell ging es auch nicht, denn die Schutzvorschriften des Landes Sachsen-Anhalt zur Eindämmung der Pandemie hatten Treffen in größerer Gruppe weitgehend ausgeschlossen. Neben dem Landesverband sind auch die Bezirks- und Fachgruppen in der Lage, den vom Landesverband kostenpflichtig angeschafften Konferenzraum über Cisco (Webex) für ihre virtuellen Gremiensitzungen zu nutzen. Es kommen dafür nur private Endgeräte der Teilnehmenden zum Einsatz. Über Erfahrungsberichte würde sich der Landesvorstand freuen.

Schluss

Im Namen des Vorstands danke ich erneut allen Kolleginnen und Kollegen, die trotz der pandemiebedingt nicht gerade einfachen Bedingungen die Pflicht erfüllen und die Gerichte und Staatsanwaltschaften arbeitsfähig halten. Genießen Sie deshalb ganz besonders die Urlaubs- und Ferienzeit. Und bleiben Sie vor allem eins: Bleiben Sie gesund!



Mit freundlichen Grüßen

Christian Hoppe
Landesvorsitzender